

Was will die Verkehrsinitiative?

Forum: Stellungnahme des Initiativkomitees «Verkehrspolitik mit Zukunft»

Am 8./10. März stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über einen neuen Verfassungsartikel zum Verkehr ab. In welche Richtung zielt die vorgeschlagene Neuformulierung des Verkehrsartikels und ergeben sich daraus Folgen für die liechtensteinische Verkehrspolitik?

1921, als der heute gültige Verfassungsartikel zum Verkehr formuliert wurde, konnte niemand auch nur erahnen, in welchem Ausmass und mit welchen Folgen sich der Verkehr entwickeln würde. Die heutige Verfassung trägt dieser Entwicklung nicht Rechnung. Heute ist klar: Wir brauchen dringend neue Leitlinien, um vollkom-

men veränderte Problemstellungen zu bewältigen. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel ist Grundlage dafür. Die Initiative will:

Mobilität auf Dauer tragbar gestalten

Nachhaltigkeit ist heute ein unbestrittenes Prinzip des Wirtschaftens und Lebens, zu dem sich auch Liechtenstein auf internationaler Ebene verpflichtet hat (Rio 92, Klimakonvention, Alpenkonvention). Im Bereich Verkehr lautet das Ziel: Keine überbordende Mobilität mit Zerstörung der Natur auf Kosten kommender Generationen. Nachhaltige Mobilität reduziert die Umweltbelastungen, schonet den knappen Boden und schöpft Potenziale zur Verkehrsvermeidung aus. Damit bleibt auch kommenden Generationen

genügend Spielraum für Entwicklung und Entfaltung.

Menschen, Tiere, Pflanzen und ihre Lebensräume schützen

Mit dieser Formulierung wird die Alpenkonvention, die seit 1994 für Liechtenstein Rechtskraft besitzt, in unser nationales Rechtssystem eingeführt. In Liechtenstein werden an schönen Tagen die Ozonewerte massiv überschritten. Beim krebserregenden Feinstaub, der hauptsächlich vom Schwerverkehr stammt, sowie bei den Stickoxiden sieht es entlang der Hauptverkehrsstrassen nicht besser aus. Immer mehr Menschen, vor allem Kinder und Ältere, leiden an Atemwegserkrankungen wie Bronchitis und Asthma. Für viele dieser Probleme ist der Verkehr ursächlich mitverantwort-

lich. Wir wollen nicht warten, bis wir Verhältnisse haben wie in Norditalien und im Tessin, wo in den letzten Wochen wegen Smogalarms zum Teil ein allgemeines Fahrverbot erlassen werden musste.

Eine massvolle und zukunftsorientierte Reform

Die Initiative will Verkehr in einer Art fördern, die unsere Lebensgrundlagen schon und trotzdem Wachstum und Entfaltung ermöglicht. Die vorgeschlagene Neuformulierung von Art. 20 ist weitgehend eine Nachführung bereits geltenden Rechts (Aufnahme der Alpenkonvention), ergänzt durch eine massvolle Reform. In ihren konkreten Auswirkungen wird die Initiative zu einem erhöhten Schutz vor den Folgen des Verkehrs und zur Erhaltung

von Lebens-, Erholungs- und Naturraum und damit zu einer höheren Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes führen. Das Initiativkomitee «Verkehrspolitik mit Zukunft»: Martin Bailiner, Dorothee Latenser, Egon Matt, Helmut Müssner, Adolf Ritter, Georg Schierscher, Peter Sprenger

Forum

Unter der Rubrik «Forum» veröffentlichen wir Zuschriften und Beiträge von Verbänden, Vereinen, Aktionen und Institutionen. Das «Forum» drückt aus, dass die in den Beiträgen geäußerten Meinungen nicht mit der Haltung der Zeitung übereinstimmen müssen.

ZUM GEDENKEN

Harald Plattner, Nenzing †

Am Donnerstag, den 10. Januar wurde Harald Plattner in seiner Heimatgemeinde Nenzing zu Grabe getragen. Seine Jugendzeit war überschattet vom Zweiten Weltkrieg. Haralds Vater verlor in diesem unsinnigen und grausamen Krieg sein Leben. Seiner starken und tüchtigen Mutter verdanken Harald und seine leider allzufrüh verstorbene Schwester, eine zwar entbehrungsreiche aber harmonische Kindheit.

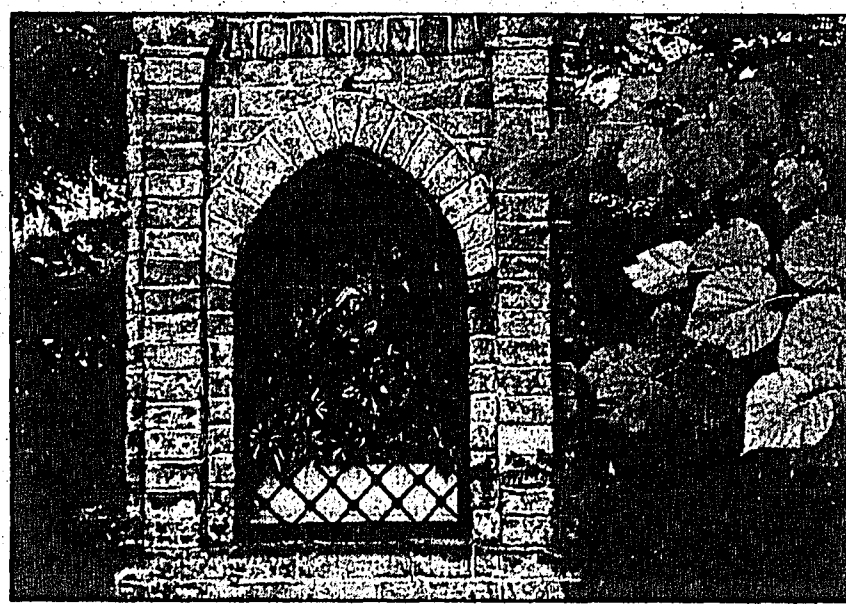
Nach Absolvierung der Pflichtschule trat Harald eine Lehre als Büroma-

schinenmechaniker bei der Firma Barak in Bludenz an, die er 1952 erfolgreich abschloss.

Im selben Jahr trat er dann 19-jährig als erster Mitarbeiter in das noch junge Unternehmen für Schreib- und Nähmaschinen des 1966 verstorbenen Anton Marxer (heute Marxer AG) in Schaan ein.

Diesem Betrieb hielt er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1997 während 45 Jahren die Treue. Während dieser Zeit änderte sich das Berufsbild des Büromaschinenmechanikers. Den manuell betriebenen mechanischen Maschinen folgten die elektrischen Geräte, die dann von immer leistungsfähigeren elektronischen Produkten abgelöst wurden.

Harald war ein fleissiger, kompeten-



ter und stets freundlicher Allrounder der alten Schule. Er reparierte Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Registrierkassen und Nähmaschinen. Auch Arbeiten, die nicht unbedingt in sein Fachgebiet fielen, würden dank seiner Vielseitigkeit von ihm prompt erledigt.

Man kannte und schätzte seine stets freundliche und humorvolle Art im ganzen Land.

Neben seinem Beruf war Harald, der zeitlebens ledigen Standes blieb, ein grosser Fan des FC Nenzing, den er oft als seine Familie bezeichnete.

Um Harald trauern seine betagte Mutter, Anverwandte und zahlreichen Freunde. Die Firma Marxer AG und die Familie Marxer danken Harald für seine treuen Dienste. Der Herr gebe ihm die ewige Ruhe.

LESERBRIEFE

Zum Nachdenken

Nicht ein Fleck in der Fassade, sondern das Untergraben der Monarchie (unserem Fundament) bringt unser Land in Schieflage. Schon längst wäre der Verfassungsstreit beendet, wenn Dankbarkeit und die grossen Verdienste des Fürstenhauses für unser Liechtenstein mehr in die Verfassungsdiskussion eingebunden gewesen wären. Aus dem Brief vom Jahre 1878 an Durchlaucht Fürst Johann des Guten ist ersichtlich, wie finanziell abhängig, respektvoll und dankbar das liechtensteinische Volk damals gegenüber dem Fürstenhaus war.

Nachstehend der Brief (Gemeindearchiv):

Durchlaucht Fürst!
Gnädigster Fürst und Herr!
Die Gemeinde Mauren hat in letzter Zeit mit bedeutenden Opfern eine Armenanstalt erstellt und deren Leitung zweien barmherzigen Schwestern anvertraut, welche ihre Aufgabe mit Anstrengung aller ihrer Kräfte zu erfüllen sich bestreben. Da aber unter den Pflegekindern der Armenanstalt sieben Kinder, zwei kränkliche Weibspersonen, ein beinahe erblindeter Mann und nur zwei einigermassen arbeitsfähige Personen sich befinden, so wurde zur gehörigen Verpflegung dieser Leute und zur Besorgung des Hauswesens die Anstellung einer dritten barmherzigen Schwester als dringend notwendig erkannt. Da nun die Mittel der Gemeinde Mauren durch Erstellen der Armenanstalt ganz erschöpft wurden, und die hiesigen Bürger infolge des mangelhaften Verdienstes und in Anbetracht der schon seit einigen Jahren wenig ergiebigen Obst- und Weinernnte von neuen Auflagen möglichst verschont werden sollen, so wagt es der in aller tiefster Ehrfurcht gefertigte Ortsvorsteher Euerer Hochfürstliche Durchlaucht um einen Beitrag zum Unterhalte der dritten barmherzigen Schwester alleruntertänigst zu bitten.
Mit dem Ausdruck des grössten Vertrauens und der aller tiefsten Ergebenheit zeichnet namens der Gemeinde Mauren

Euer Hochfürstlicher Durchlaucht untertänigster Diener

Mathias Frick, Ortsvorsteher
Ich möchte noch die Gelegenheit nutzen, der geschätzten Fürstlichen Familie für all die Verdienste für unser Land Liechtenstein herzlich zu danken.
Heinrich Frick, Mauren 376

Verfassungsdiskussion: Zur Machtfrage

Im Verfassungsstreit wäre es einmal nützlich, eine neutrale Machtverteilungsbilanz zu erstellen. Für mich als Laien steht da immer Aussage gegen Aussage. Ich kann nur sagen, wie meine persönliche Vertrauensbilanz aussieht: Mein Vertrauen in den Fürsten ist mindestens so gross wie mein Vertrauen in manche Volksvertreter. Die Position des Fürsten kann ich nachvollziehen, bei den Akteuren im Tal weiss ich nicht so recht, woran ich bin.
Monika Lampert, Vaduz

Warum eigentlich – eine Richtigstellung

Die Erfahrung zeigt, dass Leserbriefe, die unwidersprochen bleiben, als wahr angesehen werden. Daher möchte ich auf die Behauptungen von David Vogt, soweit sie konkret sind und eine Richtigstellung ermöglichen, eingehen:

1. Die Regierungen haben sich an die Verfassung gehalten. Anders lautende Vorwürfe sind schon 1997 in der Interpellationsbeantwortung (Nr. 34/1997) klar und öffentlich widerlegt worden. Diese Vorwürfe betrafen Vorgehensweisen im Zusammenhang mit der Publikation von Gesetzblättern und mit der Anstellung von Beamten vor dem Jahre 1993. Alle Vorwürfe wurden widerlegt.

2. Das Richterernennungsverfahren hat im wesentlichen sehr gut funktioniert. Es hat in der Vergangenheit vereinzelt Fehler gegeben, aus denen man aber gelernt hat. So werden Landrichterstellen schon seit einigen Jahren zur Bewerbung ausgeschrieben. Eine Gruppe von Fachleuten überprüft dann die Bewerbungen und erstattet dem Landtag Bericht. Der Landtag

wählt die Richter aus und schlägt sie zur Ernennung dem Landesfürsten vor. Bei der Verwaltungsbeschwerdeinstanz werden die entsprechenden Vorschläge über die jeweiligen Fraktionssprecher und somit mittelbar über die Parteien in den Landtag eingebracht. Lediglich der Präsident und der Vizepräsident der Verwaltungsbeschwerdeinstanz werden vom Landesfürsten über Vorschlag des Landtags ernannt. Ähnliches gilt beim Staatsgerichtshof, bei dem ebenfalls die Fraktionssprecher die Vorschläge der Fraktionen, welche mit den Parteien abgestimmt sind, aber auch die Regierung entsprechende Vorschläge einbringen. Wiederum der Präsident und der Vizepräsident des Staatsgerichtshofes werden zwar vom Landtag gewählt, unterliegen aber der Bestätigung des Landesfürsten. Ich meine, wir dürfen mit der Qualität und den Leistungen dieser Gerichte sehr zufrieden sein. Es gibt keinen Grund, unserer Volksvertretung unser Volksrecht, die Richter zu wählen oder vorzuschlagen, wegzunehmen.

3. Herbert Wille wurde 1997 mit 13 Stimmen dem Fürsten als Präsident der Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) vorgeschlagen. Der Fürst hatte schon 1995 und dann nochmals 1997 klar gesagt, er werde Dr. Herbert Wille nicht mehr zum Vorsitzenden der VBI ernennen, falls er vorgeschlagen würde. Trotz verschiedener Interventionen war es nicht möglich, den Fürsten umzustimmen. Da man wusste, dass ein Vorschlag von Dr. Herbert Wille automatisch zu einer Ablehnung führen würde, erhielt er lediglich eine geringe Unterstützung aus der VU-Fraktion, obwohl ihm alle als einen sehr geeigneten Kandidaten ansahen. Nachdem man aber um die Ablehnung des Landesfürsten wusste, glaubte man eine Verhärterung in den Beziehungen zum Fürsten vermeiden zu können, wenn man Dr. Herbert Wille nicht vorgeschlägt. Diese Haltung war offensichtlich ein Fehler.

Es wurde, wie David Vogt ausgeführt hat, schon viel diskutiert und viel geredet. Viele wünschen sich ein Ende dieser Diskussion. Das wäre an sich sehr einfach: Bleiben wir bei un-

serer seit 80 Jahren erprobten Verfassung und sagen NEIN zu den Vorschlägen der Regierung bzw. des Fürsten!
Dr. Mario Frick, Stadel 9, Balzers

Wenn morgen die Abstimmung über die Verfassung stattfindet...

...würde ich für die Regierungsvorlage stimmen. Für eine Verfassung, die grösstenteils auf dem «Mist» des Fürstenhauses gewachsen wäre? Ja, schweren Herzens zwar, aber Jawohl!
Ich vertraue dem Fürsten. Die Geschichte zeigt, dass wir Liechtensteiner bis heute meines Wissens nie einen Nachteil aus den Entscheidungen und Handlungen seitens des Fürstenhauses hatten. Entscheide wie z.B. der UNO-Beitritt, der vom Fürsten initiiert wurde, haben sich im Nachhinein als positiv für unser Land herausgestellt.

Ich kann dem Fürstenhaus – mag es nach den Darstellungen und Interpretationen einiger unserer Politiker und Juristen auch so scheinen – nicht Machtiger als Motivation zur Ausarbeitung dieser Verfassungsvorlage unterstellen. Und ich verstehe, dass solche Unterstellungen den Fürsten und wohl auch seine Familie tiefst verletzen, ist ihre Motivation doch das Wohlergehen unseres Landes und natürlich auch das der Fürstlichen Familie.

Ich meine aber auch, dass der Fürst seinerseits mit der «Drohung», wegzuziehen und mit dem von ihm gestellten Ultimatum die Volksseele verletzt hat. Denn die Liechtensteiner – das wage ich zu behaupten – lieben ihr Fürstenhaus, auch wenn es nicht immer danach aussieht, wie das bei Liebesbeziehungen eben so ist.

Wenn morgen abgestimmt würde, würde ich für die Regierungsvorlage stimmen, aber traurig würde ich den Stimmzettel in die Urne werfen! Zu viel Geschirr ist zerschlagen, zu viele Gräben sind aufgerissen worden. Das politische Klima im Land und die Beziehung Fürst-Volk blieben nachhaltig gestört.

Können wir denn wirklich nicht von vorne anfangen? Man könnte eine

neue Kommission gründen, in die der Fürst gleich viele Mitglieder wählt wie der Landtag, und die zusätzlich noch neutrale Experten enthielte. Diese Kommission – eine Kommission allerdings, in der nicht nur Köpfe, sondern auch Herzen vertreten wären! – könnte dann die ganze Sache nach einem im Voraus bestimmten Prozedere bearbeiten, so lange, bis ein Konsens vorläge.

Ich gebe die Hoffnung auf eine einvernehmliche Lösung zwischen Fürst und Landtag noch nicht auf. Daher mein Appell an den Landesfürsten: Durchlaucht, ich achte und schätze Sie als einen Monarchen und Staatsmann mit Weitblick und Visionen! Ich glaube, dass beinahe alle Liechtensteiner Wert auf eine duale Staatsform mit einer starken Position des Fürsten legen. Machen Sie Ihre Drohung rückgängig. Erklären Sie sich bereit, einen Schlussstrich unter diese unselige Sache zu ziehen und neu zu beginnen. Sie haben es in der Hand! Ich stelle mir Sie als einen sehr spontanen Menschen vor, der das Potenzial hat, auch in ganz verfahrenen, fast ausweglosen Situationen durch eine überraschende, weil unerwartete Handlung ein Zeichen zur Versöhnung zu setzen. Türen würden sich öffnen....
Margot Sele, Pradafant 1, Vaduz

Die neue Mini-Rheinbrücke bei Triesen

Im «Forum» der Landeszeitungen am 1. Februar äussert sich der VCL zu diesem Thema und plädiert für eine Verlegung mehr nach Süden. Ganz ungewollt – und gerade nicht in seinem Sinn – hat VCL eine weitere Begründung hierfür leider ausser Acht gelassen: Er schreibt nämlich, dass «beim Sportplatz Swarowski in Triesen sehr viele Parkplätze zur Verfügung stehen. Das stimmt zwar, aber solange Swarowski keine besseren Verkehrsbedingungen für seine Mitarbeiter bewerkstelligen kann, sind diese schönen Parkplätze wochentags durch Hunderte von Swarowski-Autos voll belegt...»
Martin Sommerlad, Meierhofstr. 116, Triesen